

Information zu der Verarbeitung
BMI Auftragsmanagement
gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien
Telefon +43 1 531 26-0
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Das BMI Auftragsmanagement dient dazu, vollständige und standardisierte nichtpersonenbezogene Daten über Beschaffungsvorgänge zu erhalten sowie der Haushaltsführung der Gebietskörperschaften und zur Bekanntgabe vergebener Aufträge, insbesondere im Unterschwellenbereich, soweit diese nicht über die Vergabeplattform des BMI erfolgt.

Dafür ist es auch nötig, die im Einzelprozess direkt und indirekt befassten Personen zu erfassen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Haushalts- und finanzrechtliche Regelungen des Bundes, insb. Bundeshaushaltsgesetz, Bundeshaushaltsverordnung, Bundesvergabegesetz, Bundesvergabegesetz Konzessionen und Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die Einzelprozesse werden entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungs- oder sonstigen Skartierungsvorschriften aufbewahrt.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Alle mit einer Beschaffung direkt und indirekt befassten Personen; alle Personen und Einrichtungen (insbesondere der Rechnungshof, Nationalrat und Bundesrat sowie die Buchhaltungsagentur des Bundes), die im Rahmen der Geschäftstätigkeit zu befassen sind.

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO.

Ein Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO besteht nicht.